

| | |
|---|----------|
| ■ Kommunen: Wege aus der Finanznot | 2 |
| ■ Mindestlohn: Lohnuntergrenze braucht Inflationsschutz | 3 |
| ■ Liberalisierung: Billig fliegen hat seinen Preis | 4 |
| ■ Arbeitsbedingungen: Überforderung macht krank | 4 |
| ■ Arbeitswelt: Berufswechsel – Allzu oft geht's abwärts | 5 |
| ■ Hartz IV: Unzureichend nachgebessert | 6 |
| ■ Tarifpolitik: Wenn der Partner verloren geht | 7 |
| ■ TrendTableau | 8 |

INFRASTRUKTUR

Gemeinden fehlt das Geld

Deutschland muss dringend in seine Infrastruktur investieren. Allein auf kommunaler Ebene sind unter anderem für die Ausbesserung kaputter Straßen und die Reparatur maroder Schulen gut 50 Milliarden Euro nötig.

Die deutschen Städte und Gemeinden stellen die wesentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge bereit: Sie verantworten weite Teile der Straßen und Verkehrsinfrastruktur – also auch den öffentlichen Personennahverkehr. Sie sind für die Kinderbetreuung und Schulgebäude zuständig, die Wasserver- und -entsorgung sowie Teile der Energie- und Abfallwirtschaft. Auch ein Großteil der Unterstützung für ALG-II-Empfänger und Behinderte ist auf kommunaler Ebene angesiedelt.

„Somit sind die Gemeinden zentral, wenn es um die konkrete Umsetzung der Forderungen nach besserer Bildung, Ausbau der Kinderbetreuung und einer Energiewende geht, die in der Gesellschaft derzeit einen besonders hohen Stellenwert genießen“, so Erik Klär, Fabian Lindner und Kenan Šehović. IMK-Forscher Lindner hat sich gemeinsam mit seinen Kollegen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Frage beschäftigt, wie sich der Wohlstand dieser Gesellschaft verbessern lässt.*

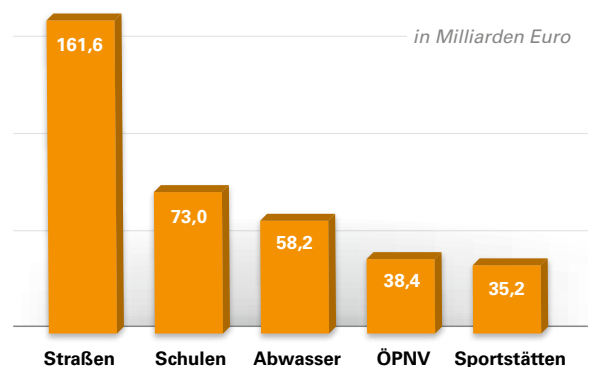
Ihre Analyse zeigt: Seit 1991 hat sich der Anteil der kommunalen Investitionen an der Wirtschaftsleistung halbiert; allein zwischen 2003 und 2012 ist dadurch eine Investitionslücke von 52 Milliarden Euro entstanden. „Wesentlich für den hohen Investitionsrückstau ist die strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen“, schreiben die Wissenschaftler. Insgesamt konnten diese zwar im vergangenen Jahr das erste Mal seit 2008 wieder einen Haushaltsüberschuss erzielen. Dies verdeckte jedoch Unterschiede zwischen den Kommunen: 30 Prozent von ihnen haben weiterhin erhebliche Haushaltsdefizite.

Besonders in strukturschwachen Regionen bleiben die Sozialausgaben der Städte und Gemeinden stabil oder nehmen zu, ihre Einnahmen hingegen fallen. Sie sind zunehmend von Zuweisungen der Länder und des Bundes abhängig. „Diese Zuweisungen werden aber nicht stark steigen können, weil der Bund und mehr noch die Länder durch die 2009 verabschiedete Schuldenbremse unter erheblichem Konsolidierungsdruck stehen“, warnen Klär, Lindner und Šehović.

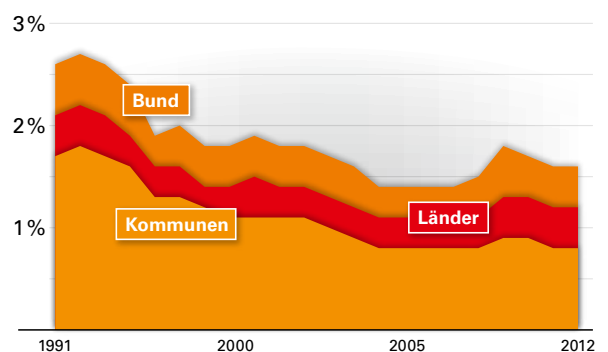
Unter Einhaltung der Schuldenbremse führe daher an Steuererhöhungen kaum ein Weg vorbei. Anders ließen sich die

Milliarden-Schlagloch

Für öffentliche Investitionen* wären 2006 bis 2020 nötig ...



Tatsächlich investierte** der Staat:



* in Preisen von 2000 ** in Prozent des Bruttoinlandsproduktes
Quellen: DIFU, Friedrich-Ebert-Stiftung 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

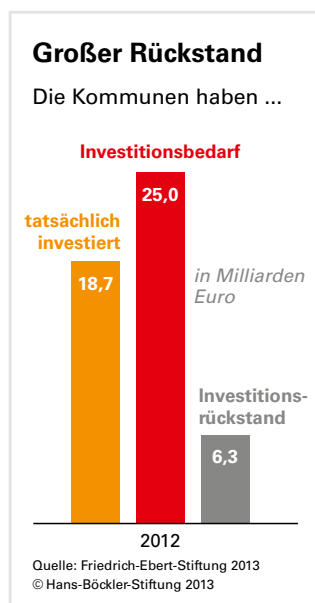
dringend notwendigen Investitionen nicht bewerkstelligen. Um das Wirtschaftswachstum möglichst wenig zu belasten, empfehlen die Wissenschaftler, hohe Einkommen und Vermögen stärker heranzuziehen – über eine höhere Erbschaft- und die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Die Mehreinnahmen sollten den Gemeinden zugutekommen. ◀

* Quelle: Erik Klär, Fabian Lindner, Kenan Šehović: Das Neue Magische Viereck nachhaltiger Wirtschaftspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Okt. 2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Wege aus der Finanznot

Die deutschen Städte und Gemeinden brauchen schnelle Hilfe bei der Instandhaltung ihrer Infrastruktur. Dies ließe sich über ein von Bund und Ländern finanziertes kommunales Investitionsprogramm bewerkstelligen.

Auch wenn die Zahlen sich ein wenig unterscheiden – die Stoßrichtung ist dieselbe: Deutschlands Kommunen leiden unter einem enormen Investitionsrückstand. So beziffert das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) den kommunalen Investitionsbedarf zwischen 2006 und 2020 auf 47 Milliarden Euro jährlich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sieht eine besonders große Baustelle bei der gesamten kommunalen Infrastruktur, also Straßen und dem öffentlichen Personennahverkehr. Und die Kommunen selbst schätzen ihren Investitionsrückstand auf 128 Milliarden Euro bis zum Jahr 2012 – davon 26 Prozent bei der Verkehrsinfrastruktur und 17 Prozent bei den Schulen.



„Die Konjunkturpakete des Jahres 2009, die schwerpunktmäßig dem Aufbau kommunaler Infrastruktur zugutekommen sollten, haben zwar zu erhöhten Investitionen geführt, den Investitionsrückstau aber nicht deutlich gemindert“, stellen IMK-Forscher Fabian Lindner, Erik Klär vom Bundesarbeitsministerium und Kenan Šehović vom Thüringer Wirtschaftsministerium fest. Sie haben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) einen Plan entworfen, wie sich die künftige Wirtschaftspolitik nachhaltig gestalten lässt – in Anlehnung an den Endbericht der

Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. * Die Studie ist Teil eines gemeinsamen Projekts von IMK, FES und Denkwerk Demokratie.

Die Konjunkturpakete zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise haben sich in einer leichten Steigerung der kommunalen Investitionen im Jahr 2010 bemerkbar gemacht, zeigen die Wissenschaftler auf: Investierten Städte und Gemeinden 2009 noch 21,6 Milliarden Euro, waren es im Jahr darauf 24,1 Milliarden Euro. Da die Mittel aus den Konjunkturpaketen 2011 ausgelaufen sind, haben die kommunalen Investitionen wieder deutlich abgenommen – um zehn Prozent.

Die Forscher gehen davon aus, dass der jährliche Investitionsbedarf bei 25 Milliarden Euro liegt. Als Grundlage nehmen sie die vom DIFU ermittelte Summe von 47 Milliarden Euro pro Jahr und ziehen davon die Investitionen kommunaler Unternehmen ab. Denn diese werden nicht als staatliche

Investitionen erfasst. Im Jahr 2003 wurden die öffentlichen Nettoinvestitionen das erste Mal negativ. Bei Abzug des seitdem Investierten vom angenommenen Bedarf ergibt sich bis 2012 eine Lücke von 52 Milliarden Euro – etwas weniger als die Hälfte des von den Kommunen angegebenen Investitionsstaus. Der Rest dürfte auf den Bedarf der kommunalen Unternehmen entfallen, nehmen die Wissenschaftler an.

Allein um den laufenden Bedarf zu decken, müssten die kommunalen Investitionen in Straßen, Schulen und Kindergärten jährlich um ein Drittel steigen, von knapp 19 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf 25 Milliarden Euro. „Damit wäre allerdings der mittlerweile hohe Ersatzbedarf von 52 Milliarden Euro noch nicht gedeckt“, stellen die Wissenschaftler fest. Insgesamt sollten sich nach ihren Berechnungen die kommunalen Investitionen in der nächsten Legislaturperiode mehr als verdoppeln: von derzeit 0,75 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung auf 1,6 Prozent. Was recht unspektakulär klingt, ist nach Analyse der Forscher ein zentraler erster Schritt, um einen gefährlichen Trend zu stoppen: „Der öffentliche Kapitalstock verfällt zunehmend.“ Und angesichts der komplizierten Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie der Schuldenbremse sehen die Wissenschaftler darin einen Kraftakt.

Städte und Gemeinden haben schließlich kaum Möglichkeiten, ihre Einnahmen selbst zu bestimmen. „Zentral sind deswegen auch für die Ausstattung der Kommunen die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen und Ausgaben, die mittelbar über die verfügbaren Finanzmittel der Länder und des Bundes auch die Höhe der Zuweisungen für die Kommunen bestimmen“, so die Autoren. Besonders die Beseitigung des bisherigen Investitionsstaus ließe sich ähnlich dem „Zukunftsinvestitionsgesetz“ aus dem zweiten Konjunkturpaket über direkte Finanzhilfen des Bundes finanzieren.

Darüber hinaus empfehlen Klär, Lindner und Šehović, Städte und Gemeinden stärker von Sozialausgaben zu entlasten: „Dabei sind zwar schon erste Schritte bei der Grundversicherung im Alter und der Erwerbsminderung getan, aber auch die Kosten der Unterkunft beim ALG II, die Eingliederungshilfen für Behinderte, der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen oder der Inklusion müssten verstärkt vom Bund übernommen werden.“

Die momentane staatliche Finanzausstattung werde allerdings nicht ausreichen, um die öffentlichen Investitionen im notwendigen Ausmaß zu erhöhen, ohne dabei andere Ausgaben stark zu kürzen. Die vom Bundesfinanzministerium und manchen Wirtschaftsforschern für die kommenden Jahre prognostizierten zusätzlichen Steuereinnahmen halten die Experten für zu gering und zu unsicher: Die konjunkturellen Risiken seien so groß, dass sie „heutige Projektionen zum strukturellen Defizit und damit zum staatlichen Finanzierungsspielraum schnell zur Makulatur werden lassen könnten“. Aufgrund der Anforderungen der Schuldenbremse seien daher höhere Steuereinnahmen nahezu unumgänglich. Die Wissenschaftler empfehlen höhere Steuern auf Erbschaften, Schenkungen und Vermögen. Diese seien in Deutschland im internationalen Vergleich besonders gering und würden bereits bei einer moderaten Erhöhung beträchtliche Mehreinnahmen bringen. ◀

* Quelle: Erik Klär, Fabian Lindner, Kenan Šehović: Das Neue Magische Viereck nachhaltiger Wirtschaftspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Okt. 2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Lohnuntergrenze braucht Inflationsschutz

Alles sieht danach aus, als bekäme Deutschland nach einer zehnjährigen Debatte einen gesetzlichen Mindestlohn. Offen ist, wie ein Mindestlohn festgelegt werden soll. **WSI-Experte Thorsten Schulten*** hält ein zweistufiges Modell für sinnvoll, das auf jeden Fall die Preissteigerung berücksichtigt.

Haben die Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung recht, wenn sie im Grundsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn plädieren, die von der SPD geforderten 8,50 Euro pro Stunde aber für Arbeitsplatz gefährdend halten?

Schulten: Nein, haben sie nicht. Mehrere Studien zu den bereits heute existierenden Branchenmindestlöhnen, die teilweise deutlich über 8,50 Euro liegen, haben so gut wie keine negativen Beschäftigungseffekte finden können. Die genannten Institute haben auch kein wirkliches Argument, warum 8,50 Euro zu viel sein soll. Verglichen mit dem Mindestlohniveau anderer westeuropäischer Staaten ist der Betrag eher niedrig. *Und wer bestimmt, ob und wann der Mindestlohn steigt? Die Tarifpartner, wie das manche Unionsvertreter fordern?*

Schulten: Dieser Vorschlag verkennt die Tatsachen, die einen Mindestlohn überhaupt notwendig machen. Der Mindestlohn muss gerade dort greifen, wo die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer nicht ausreicht, um Existenz sichernde Verdienste zu erreichen. Wenn sich die Arbeitgebervertreter in einer Mindestlohn-Kommission stur stellen und jede Anpassung an die Lebenshaltungskosten blockieren, bleibt der Mindestlohn auf lange Sicht wirkungslos. Im Gegensatz zu normalen Tarifverhandlungen könnten die Arbeitnehmer nicht einmal mit Streik drohen. Erhöhungen kämen schließlich allenfalls durch Schlichtersprüche zustande. Damit läge die Entscheidung über den Mindestlohn in der Hand einer einzigen Person.

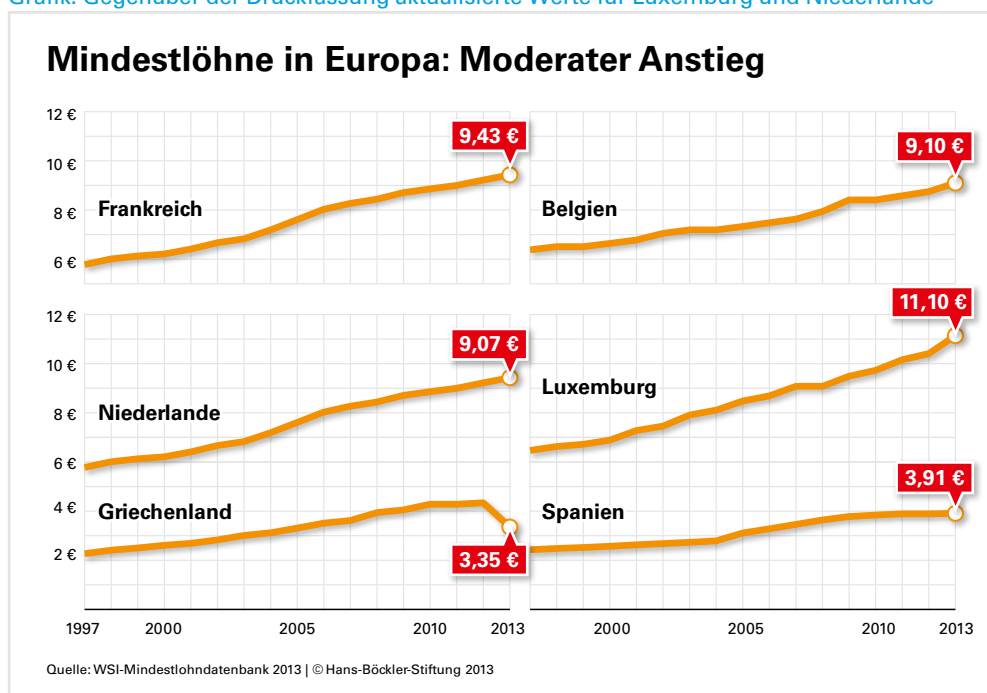
Wäre das britische Modell besser: eine Kommission aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern?

Schulten: Die Low Pay Commission in Großbritannien hat nur beratenden Charakter. Sie macht Vorschläge auf Basis umfangreicher Analysen, das letzte Wort hat aber die Politik. Und dies sollte auch so sein, denn hier geht es um eine grundlegende gesellschaftspolitische Frage, die man in der Demokratie keinem Expertenzirkel im Hinterzimmer überlassen kann.

Aber eine Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild, die zumindest Entscheidungsgrundlagen ausarbeitet, ist eine gute Idee?

Schulten: Das britische Modell lässt sich nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen. Dort sitzen Wissenschaftler in der Commission, die dem Mindestlohn-Gedanken aufgeschlossen gegenüberstehen. Das wäre hierzulande kaum zu erwarten, weil die Debatte unter vielen Ökonomen bei uns leider deutlich dogmatischer geführt wird als in Großbritannien. Außerdem blieb der britische Mindestlohn in der jüngeren Vergangenheit trotz Low Pay Commission hinter der Inflation zurück.

Grafik: Gegenüber der Druckfassung aktualisierte Werte für Luxemburg und Niederlande



Sollte der Mindestlohn also besser an die Preisentwicklung gekoppelt werden?

Schulten: In Frankreich, den Benelux-Ländern und anderen EU-Ländern steigt der Mindestlohn automatisch mit Preisen und Reallöhnen. So ist ein Mindest-Zuwachs garantiert, der Staat entscheidet in Kooperation mit Arbeitgebern und Gewerkschaften über zusätzliche Anpassungen.

Besteht dann nicht die Gefahr, dass der Mindestlohn zu schnell steigt und wirklich Arbeitsplätze vernichtet, weil Politiker sich gegenseitig mit immer höheren Mindestlohnforderungen überbieten?

Schulten: Ein Blick auf die Entwicklung der Mindestlöhne in Europa zeigt: Diese Befürchtung ist eine Schimäre. In den allermeisten Fällen sind die Mindestlohnzuwächse eher moderat. ◀

* Thorsten Schulten leitet das WSI-Referat Arbeits- und Tarifpolitik in Europa. Er hat die per Internet frei zugängliche WSI-Mindestlohndatenbank aufgebaut, mit detaillierten Angaben zur Entwicklung der Lohnuntergrenzen in- und außerhalb der EU.
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Billig fliegen hat seinen Preis

Die Arbeitsbedingungen für viele Beschäftigte an Flughäfen haben sich verschlechtert, seit eine EU-Richtlinie 1996 mehr Wettbewerb einforderte.

Ein neuer Anlauf der EU-Kommission dürfte zu noch mehr prekärer Beschäftigung führen.

Passagiere abfertigen, Flugzeuge be- und entladen, tanken, reinigen – das alles taten einst Mitarbeiter der Flughafenbetreiber. In regulären, tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen. In den 1990er-Jahren verordnete die EU den Flughäfen, diese so genannten Bodenabfertigungsdienste für den Wettbewerb zu öffnen. Dahinter stand nicht zuletzt der Wunsch der Airlines, niedrigere Flughafengebühren zu zahlen, wie Professor Martin Harsche und Thomas Braun in einer Studie für die Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften Frankfurt-Rhein-Main im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung feststellen.* Die Luftfahrt-Experten haben untersucht, wie sich die Arbeitsbedingungen der aktuell rund 20.000 Beschäftigten in der Branche seit der Liberalisierung verändert haben. Dazu befragten die Wissenschaftler Arbeitnehmervertreter und Manager von Dienstleistungsfirmen, Flughäfen und Fluggesellschaften sowie Experten aus Politik und Verbänden. So ergibt sich zwar keine repräsentative Statistik, aber ein eindeutiges Bild:

Das **Lohnniveau** ist deutlich gesunken, nachdem die Fluggesellschaften Preissenkungen um fast ein Drittel durchsetzen konnten. Die Gewerkschaft ver.di schätzt, dass der Reallohnverlust seit der Liberalisierung bei circa 25 Prozent liegt. Vor allem neu Eingestellte müssen sich mit weniger zufriedengeben. So liegen die Gehälter einer neu gegründeten Tochtergesellschaft in einem Fall 17 Prozent unter dem Verdienst der Kollegen mit Altverträgen. Nach Einschätzung der Forscher ist dies ein typisches Muster.

Die Zahl der **Beschäftigten** hat der Analyse zufolge zwar deutlich zugenommen. Allerdings hat sie nicht mit der Zu-

nahme der Arbeit Schritt gehalten. So sei der Personalbestand der Bodendienste an einem Flughafen um knapp 20 Prozent gewachsen – bei verdoppeltem Passagieraufkommen.

Atypische Beschäftigungsformen haben sich zudem weit ausgebreitet. Offenbar setze sich, so die Wissenschaftler, „immer stärker das Modell durch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Beruf zunächst als Leiharbeitskräfte beginnen, sie dann nach einigen Monaten einen befristeten Vertrag erhalten und dieser schließlich in einen unbefristeten Arbeitsvertrag umgewandelt wird“. Viele neue Stellen sind zudem nur Teilzeitjobs. Die Arbeitszeiten wurden meist stark flexibilisiert – und wo das nicht reicht, um die Spitzenzeiten zu bewältigen, kommen Leiharbeiter zum Einsatz.

Die jüngste, vom EU-Parlament im April 2013 gebilligte Initiative soll den Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern weiter verstärken; unter anderem sollen sich an großen Flughäfen mit über fünf Millionen Passagieren oder 100.000 Tonnen Fracht pro Jahr wenigstens drei Firmen Konkurrenz machen. Harsche und Braun fürchten, damit werde der bereits bestehende Trend verstärkt: „Die Zahl der qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze mit sozialer Absicherung und tariflicher Entlohnung im Bereich der Bodenverkehrsdienstleistungen an europäischen Flughäfen wird sinken.“ Die EU-Kommission folge damit dem Prinzip Wettbewerb durch Lohndumping. ◀

* Quelle: Martin Harsche, Thomas Braun: Marktöffnung der Bodenverkehrsdienste in Europa – Auswirkungen auf Arbeit und Beschäftigung, Hrsg: Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Frankfurt-Rhein-Main, Juli 2013

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Arbeitsbedingungen

Überforderung macht krank

Berufskrankheiten sind seit langem bekannt – von der Staublunge bei Bergleuten bis zur Kniegelenksarthrose in Bauberufen. Elena Cottini und Claudio Lucifora gehen davon aus, dass in der modernen Dienstleistungswirtschaft vor allem die Gefahr psychischer Leiden zunimmt – aufgrund von immer mehr Unsicherheit, Wettbewerb und Leistungsdruck. Die Ökonomen von der Katholischen Universität Mailand haben untersucht, inwieweit entsprechende Effekte empirisch nachweisbar sind. Dafür haben sie Daten des European Working Conditions

Survey aus den Jahren 1995, 2000 und 2005 ausgewertet. Pro Erhebung wurden etwa 13.000 Beschäftigte in den EU-15-Staaten befragt. Die Berechnungen der Forscher zeigen, dass tatsächlich ein Zusammenhang zwischen ungünstigen Arbeitsbedingungen und psychischen Problemen besteht. Werden persönliche und betriebliche Merkmale wie das Alter, die Qualifikation, die Branche und die Betriebsgröße herausgerechnet, lässt eine hohe Arbeitsgeschwindigkeit das Risiko seelischer Leiden um 12,5 Prozent steigen. Komplexe Aufgaben

erhöhen das Risiko um 6,8 Prozent, lange Arbeitszeiten um 9,6 Prozent. Vor allem Stress und Reizbarkeit nehmen zu. Auch Umweltfaktoren wie Lärm oder extreme Temperaturen wirken sich auf die seelische Gesundheit aus, allerdings weniger gravierend als die Arbeitsanforderungen.

Da die Stärke des gemessenen Effekts zwischen den Ländern variiert, vermuten die Autoren, dass nationale Arbeitsmarktinstitutionen und Gesundheitssysteme eine wichtige Rolle spielen. Um diese Annahme zu überprüfen, haben sie für jedes Land zwei Kennzahlen konstruiert: Ein Arbeitsmarkt-

regulierungs-Index fasst Informationen über Kündigungsschutz, gewerkschaftlichen Organisationsgrad und Arbeitslosenunterstützung zusammen. Ein weiterer Index misst die Qualität der medizinischen Versorgung über Faktoren wie die Gesundheitsausgaben und die Arztdichte. Beide Kennzahlen hängen mit der Effektstärke zusammen: Je strenger der Arbeitsmarkt reguliert und je besser die Gesundheitsversorgung ist, desto weniger wirken sich Arbeitsbedingungen auf die Psyche aus.

Elena Cottini, Claudio Lucifora: Mental Health and Working Conditions in Europe, in: Industrial and Labor Relations Review 4/2013

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Berufswechsel: Allzu oft geht's abwärts

Immer weniger Beschäftigte üben durchgehend ihren erlernten Beruf aus. Mit der beruflichen Mobilität steigt die Gefahr, sozial abzustiegen.

Schustern wird traditionell geraten, bei ihren Leisten zu bleiben. Das dürfte ihnen allerdings zunehmend schwer fallen: Berufswechsel werden mehr und mehr zur Normalität. Das geht aus einer empirischen Studie von Matthias Dütsch, Verena Liebig und Olaf Struck hervor.* Die Arbeitswissenschaftler von der Universität Bamberg kommen zu dem Ergebnis, dass die „Bindekraft der Beruflichkeit“ in den vergangenen Jahrzehnten abgenommen hat: Beschäftigte müssen häufiger aus ihrem erlernten Beruf wechseln. Zugleich ist ihr sozialer Status unsicherer geworden.

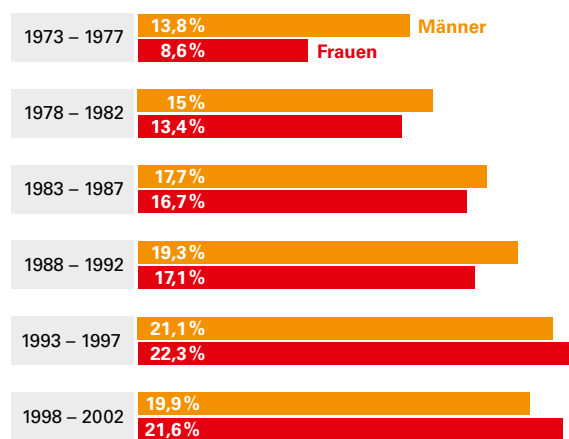
In ihrer Analyse untersuchen die Forscher einerseits horizontale Mobilität. Die liegt vor, wenn der ausgeübte dem erlernten Beruf nicht entspricht, aber mit einer ähnlichen beruflichen Stellung verbunden ist. Vertikale Abwärtsmobilität bezeichnet hingegen einen Statusverlust. Verschiedene Entwicklungen ließen erwarten, dass beide Formen der Mobilität wahrscheinlicher geworden sind, schreiben die Autoren. So seien mit der weltweiten Konkurrenz und dem Innovationsdruck die Schwankungen in der Arbeitskräftenachfrage gewachsen. Zugleich hätten sich die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen durch Deregulierung geändert. Die Folge: eine erhebliche Ausweitung der atypischen Beschäftigung. Da Leiharbeiter, befristete Beschäftigte und viele Minijobber regelmäßig den Arbeitsplatz wechseln, hätten sie wenig Gelegenheit, sich betriebsspezifische Kenntnisse anzueignen oder sich weiterzubilden. Zudem gälten häufige Betriebswechsel ebenso wie Arbeitslosigkeit als negatives Signal auf dem Arbeitsmarkt. Daher, so die Vermutung der Wissenschaftler, nehme mit der Volatilität der Märkte und der Verbreitung instabiler Beschäftigungsverhältnisse auch die Gefahr zu, dass es mit dem Status bergab geht.

Inwieweit ihre Annahmen zutreffen, haben Dütsch, Liebig und Struck mit Hilfe des Datensatzes „Arbeiten und Lernen im Wandel“ überprüft, den das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhoben hat. In ihre Analyse eingeflossen sind Angaben zum Schul- und Ausbildungsverhalten sowie zum beruflichen Werdegang von über 4.000 westdeutschen Erwerbstätigen, die zwischen 1956 und 1988 geboren wurden. **Laut den Berechnungen hat sich die horizontale Mobilität vor allem am Anfang des Erwerbslebens deutlich erhöht:** Von den Männern, die zwischen 1973 und 1977 auf dem Arbeitsmarkt gestartet sind, wechselten 14 Prozent unmittelbar nach der Ausbildung den Beruf. In der jüngsten untersuchten Kohorte, deren Berufseinstieg in die Jahre zwischen 1998 und 2002 fällt, waren es 20 Prozent. Bei den Frauen stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 9 auf 22 Prozent.

Innerhalb von fünf Jahren hatten über die Hälfte der männlichen und 38 Prozent der weiblichen Berufseinsteiger der Jahre 1998 bis 2002 mindestens einen Berufswechsel hinter sich. Dabei hat der Studie zufolge auch die Abwärts-

Berufliche Mobilität steigt

Unmittelbar nach der Ausbildung wechselten den Beruf in den Jahren* ...



* Arbeitsmarkt-Einstiegskohorten
Quelle: Dütsch, Liebig, Struck 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

mobilität zugenommen: Das Risiko, im erlernten Beruf sozial abzustiegen, ist im Untersuchungszeitraum um 117 Prozent gestiegen. Dass Beschäftigte den Beruf wechseln und gleichzeitig an Status einbüßen, ist um 41 Prozent wahrscheinlicher geworden. Von den untersuchten Erwerbsphasen in der jüngsten Kohorte war fast jede dritte „statusinadäquat“, also weniger prestigeträchtig als der erlernte Beruf.

Die Wissenschaftler haben auch analysiert, welche Faktoren diese Entwicklung beeinflussen. Demnach wird fachlich oder sozial unangemessene Beschäftigung wahrscheinlicher durch häufige Betriebswechsel, Leiharbeit, Befristung, längere Phasen von Arbeitslosigkeit und Entlassungen. Weiterbildung senkt das Risiko, in der Hierarchie abzustiegen. Eine schlechte Arbeitsmarktlage und eine ungünstige wirtschaftliche Situation verstärken die Destabilisierungstendenzen.

Insgesamt, so die Forscher, weise „der in zunehmendem Maße nicht gelingende Transfer beruflicher Qualifikationen bei zwischenbetrieblicher Mobilität auf eine sinkende Bindekraft der Beruflichkeit und auf wachsende Risiken des Verlustes berufsfachlicher Qualifikationen hin“. Insbesondere die deutliche **Zunahme der Abwärtsmobilität** sei dabei problematisch. Als Gegenmittel empfehlen Dütsch, Liebig und Struck zum einen Änderungen bei der Ausbildung, die möglichst breit angelegt sein und sich an vollständigen Arbeits- und Geschäftsprozessen orientieren sollte. Zum anderen regen sie an, die Weiterbildungsmöglichkeiten vor allem für atypisch Beschäftigte zu verbessern. ◀

* Quelle: Matthias Dütsch, Verena Liebig, Olaf Struck: Erosion oder Stabilität der Beruflichkeit? Eine Analyse der Entwicklung und Determinanten beruflicher Mobilität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Unzureichend nachgebessert

Zum 1. Januar 2014 steigt der Hartz-IV-Regelsatz um 9 auf 391 Euro. Doch damit bleibt er weiter hinter einem Existenz sichernden Niveau zurück.

Das Bundesverfassungsgericht hatte der Regierung 2009 aufgetragen, den Hartz-IV-Satz neu zu berechnen. Dabei kamen einzelne Bedarfsposten hinzu, andere wurden gestrichen – der Gesamtbetrag blieb beinahe unverändert. Zwar hat das Bundessozialgericht die neue Rechnung der Bundesregierung als „realitätsgerecht sowie nachvollziehbar“ bezeichnet. Der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) kommt jedoch – in Übereinstimmung mit Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung – zu einem anderen Ergebnis.*

Schulbesuch, Bildung, Teilhabe: Hier habe bis heute keine echte Bedarfsermittlung stattgefunden, schreiben die Grundsicherungsexperten des Sozialverbands Rudolf Martens und Joachim Rock.* Die Leistungen des Bildungspakets reichten mit 100 Euro im Jahr nicht. Allein der Einschulungsbedarf liegt nach einer Stichprobe des DPWV bei 177 Euro. Andere Leistungen können oft gar nicht genutzt werden – etwa Zuschüsse zum Mittagessen, wenn es keine Schulkantine gibt.

Bezugsgruppe: Die Einzelposten, die sich zum Hartz-IV-Satz addieren, werden anhand tatsächlicher Konsumausgaben von Haushalten mit geringen Einkommen ermittelt. Aus dieser Bezugsgruppe müssten aber die verdeckt Armen, die ihre Ansprüche auf Grundsicherung nicht wahrnehmen, herausgerechnet werden. Andernfalls fällt das Existenzminimum

systematisch zu niedrig aus. Dieses Problem berücksichtigt das gültige Verfahren nach Ansicht des Wohlfahrtsverbands nicht hinreichend: Die Dunkelziffer der Armut drückt weiter auf die Höhe der Grundsicherung.

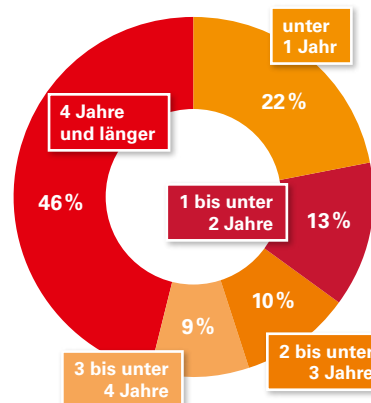
Mobilität: Zu knapp bemessen seien auch die für Mobilität zugestanden Beträge. Wer am Stadtrand oder auf dem Land lebt, wie 60

Prozent der Hartz-IV-Bezieher, wird mit rund 25 Euro pro Monat kaum hinkommen.

Lange Bezugsdauer: Hartz-IV-Bezug ist meist kein Kurzzeit-Phänomen. Viele leben mehrere Jahre von der Grundsicherung, oft mit kurzen Unterbrechungen. Gerade diese Tatsache schränke den Spielraum des Gesetzgebers ein, das Existenzminimum klein zu rechnen, so Martens und Rock. Es gehe schließlich nicht nur um eine Überbrückungsleistung. ◀

Für viele kein Sprungbrett

So lange beziehen Bedürftige Hartz IV:*



* im Dez. 2012; mit Unterbrechungen von bis zu einem Monat | Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2013 © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Rudolf Martens, Joachim Rock: Gutachten zur

Verfassungsbeschwerde gegen die Urteile des Bundessozialgerichts vom 28.03.2013 und des Sozialgerichts Oldenburg vom 10.01.2012, Sept. 2013
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Auf Dauer sinkt Lebensstandard

Die Arbeitsagentur überweist zwar jeden Monat den gleichen Hartz-IV-Betrag. Trotzdem spricht viel dafür, dass der Lebensstandard der Bedürftigen bei längerfristigem Leistungsbezug sinkt. Beispielsweise können finanzielle Reserven schmelzen und soziale Netzwerke sich auflösen – Freunde und Bekannte, die zunächst noch mit diesem oder jenem ausgeholfen haben, werden weniger. Abgenutzte Kleidung, Möbel oder Elektrogeräte, die ihren Geist aufgegeben haben, können nicht mehr ersetzt werden.

Bernhard Christoph und Thorsten Lietzmann vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben diese These empirisch

überprüft. Dazu nutzten sie eine Befragung des IAB, die Rückschlüsse auf die soziale Situation von über 1.700 Haushalten mit längerem Hartz-IV-Bezug zulässt. Dabei sollten die Interviewten keine persönlichen Einschätzungen abgeben, sondern ganz konkrete Fragen zu ihren Lebensumständen beantworten: Hat jede Person im Haushalt ein eigenes Zimmer? Kann jedes Familienmitglied mindestens einmal im Monat ins Kino oder Konzert gehen? Haben Sie einen Computer mit Internetanschluss? Oder: Können Sie die Miete immer pünktlich zahlen?

Von den 26 Fragen konnten die Leistungsbezieher im Schnitt 19 positiv beantworten. Wenn Faktoren wie die

Anzahl der Kinder oder der Bildungsabschluss herausgerechnet werden, zeigt sich: Befragte, die länger auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, weisen auch einen geringeren Lebensstandard auf. Drei zusätzliche Jahre Hartz IV führen dazu, dass im Durchschnitt eine weitere Frage negativ beantwortet wird. Zu Einschränkungen kommt es hauptsächlich in den Bereichen Nahrung, Bekleidung, soziale und kulturelle Teilhabe sowie bei den „finanziellen Möglichkeiten“ – sparen, größere Anschaffungen, Rechnungen pünktlich bezahlen.

Der gemessene Effekt sei zwar relativ gering und lasse kurzfristig keinen radikalen Einschnitt im Lebensstandard befürchten, schreiben

die Forscher. Man müsse sich jedoch vergegenwärtigen, dass sich die „Analysen eben nicht auf einen normalen Bevölkerungsquerschnitt beziehen, sondern auf die Empfänger von Grundsicherungsleistungen“, also auf Menschen mit einem ohnehin eingeschränkten Lebensstandard. Zudem erlaube ihre Analyse keine Aussage über die langfristige Entwicklung, so Christoph und Lietzmann. Sie empfehlen, insbesondere die Lebensumstände von Langzeitempfängern im Auge zu behalten. Wenn deren Lebensstandard weiter deutlich absinken sollte, wäre das „durchaus bedenklich“.

Bernhard Christoph, Thorsten Lietzmann: Je länger, je weniger?, in: Zeitschrift für Sozialreform 2/2013

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Wenn der Partner verloren geht

Das Tarifnetz ist in den vergangenen 20 Jahren löchriger geworden.

Das liegt nicht nur an einem geringeren Organisationsgrad der Arbeitnehmer, sondern auch an Erosionserscheinungen auf der Arbeitgeberseite.

Zum Vertragsschluss braucht es immer zwei. Wenn bestehende Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband austreten, in die so genannte OT-Mitgliedschaft (OT = ohne Tarif) wechseln oder neue Unternehmen gar nicht erst eintreten, fehlt Arbeitnehmerorganisationen der Ansprechpartner. Mehrere Wissenschaftler haben in der aktuellen Ausgabe der WSI-Mitteilungen Fakten zusammengetragen und die Auflösung traditioneller Strukturen untersucht.*

WSI-Forscher Martin Behrens unterscheidet zwischen einer äußeren und einer inneren Erosion der Arbeitgeberverbände. Mit **äußerer Erosion** ist gemeint, dass die Verbände Mitglieder verlieren. Beispielsweise büßte Gesamtmetall allein zwischen 1993 und 1996 über 20 Prozent seiner Mitgliedsunternehmen ein. Doch nicht nur Verbandsaustritte schwächen die Interessenvertretungen der Arbeitgeber. Längerfristig wirkt es sich auch aus, wenn durch natürliche Fluktuation ausgeschiedene Firmen nicht durch neue ersetzt werden können. Im Übrigen sind es nicht nur wirtschaftlich schwache Unternehmen, die den Verbänden den Rücken kehren, hat Behrens beobachtet. Es handelt sich also keineswegs um ein Phänomen, das vor allem angeschlagene Firmen betrifft, die sich Tariflöhne nicht leisten können.

Dazu kommt die **innere Erosion** der Verbände, die um die Jahrtausendwende eingesetzt hat. Unternehmen bleiben Verbandsmitglieder, scheiden aber aus der Tarifbindung aus. Behrens zufolge bietet gut die Hälfte der rund 700 Arbeitgeberverbände in Deutschland eine OT-Mitgliedschaft an. Meist ist dies die Reaktion auf vorangegangene Mitgliederverluste. Im Jahr 2010 hatten 42 Prozent der Mitgliedsunternehmen von Gesamtmetall den OT-Status. Allerdings entfallen auf diese Unternehmen nur 17 Prozent der Beschäftigten. Das heißt: Es sind eher die kleineren Unternehmen, die sich der Tarifbindung entziehen.

Im internationalen Vergleich ist **Deutschland ein Sonderfall**, wie Bernd Brandl von der Universität York in Großbritannien feststellt. Zwar ist das Organisationsniveau – etwa 60 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Unternehmen, die in einem Arbeitgeberverband sind, um die 20 Prozent der Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft – nichts Besonderes. Aber der Rückgang auf der Arbeitgeberseite ist ein deutsches Phänomen. Als eine Ursache betrachtet der Wissenschaftler die Strategie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, auf die Dezentralisierung von Tarifverhandlungen zu drängen. „Somit entzieht sich der Verband sukzessive seine Existenzgrundlage, was sich in einem Rückgang an Mitgliedern manifestiert“, so Brandl.

Nicht nur ihre tarifpolitische Funktion haben die Arbeitgeberverbände teilweise eingebüßt. Auch auf einem anderen Feld, nämlich beim politischen Lobbying, setzen zumindest größere Unternehmen heute auf eigene Zugänge, anstatt sich auf die Arbeit des Verbands zu verlassen, schreibt Rudolf Speth von der Universität Kassel. Der Experte für politische Kommunikation erklärt dies unter anderem mit der Auflö-

sung traditioneller Netzwerke und der Globalisierung: Die Kontakte zwischen Parteien und Verbänden sind nicht mehr so eng wie in früheren Jahrzehnten und eine neue Managementgeneration setzt andere Prioritäten. Nicht zuletzt, weil die Unternehmen auf internationalen Märkten agieren und ihnen die national organisierten Verbände weniger hilfreich erscheinen.

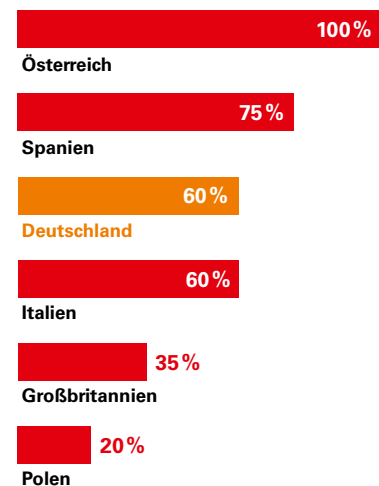
Allerdings wäre es zu einfach, alle Arbeitgeberorganisationen in einen Topf zu werfen. Sie unterscheiden sich von Branche zu Branche, was Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Gewerkschaften hat. Entsprechend existieren nach den Analysen von Markus Helfen, Forscher an der Freien Universität Berlin, **unterschiedliche Typen von Sozialpartnerschaft**. So arbeiten Arbeitgeber und Gewerkschaften

in der chemischen Industrie eng und meist geräuschlos zusammen, hier ragten „die sozialpartnerschaftlichen Arrangements durch Tiefe und Breite besonders“ heraus; während die Auseinandersetzungen in der Metallindustrie häufig konfrontativer sind. Helfen spricht hier von einer „Konfliktpartnerschaft“. Als brüchig oder nicht existent erweist sich die Sozialpartnerschaft dagegen in neueren Branchen wie den Industriedienstleistungen oder der Leiharbeit. Hier fehlt es Gewerkschaften häufig an einem Gegenüber, das vertrauensvolle Kooperation ermöglicht, konstatiert der Forscher.

Wie lassen sich sozialpartnerschaftliche Institutionen wieder beleben, vor allem der auf Verbandsebene ausgehandelte Flächentarif in verwaisten Sektoren? Der Göttinger Arbeitsrechtler Manfred Walser rät dazu, das Tarifsystem zunächst auf dem Weg der Gesetzgebung zu stabilisieren. So ließen sich die Hürden senken, die heute einer **Allgemeinverbindlicherklärung** von Tarifverträgen entgegenstehen. Zudem sei es sinnvoll, Ausweichmöglichkeiten wie Leiharbeit und Werkverträge zu begrenzen. ◀

Organisierte Arbeitgeber

Von allen Beschäftigten arbeiten in einem Unternehmen, das Mitglied im Arbeitgeberverband ist ...



gerundete Werte
Quelle: EU-Kommission 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

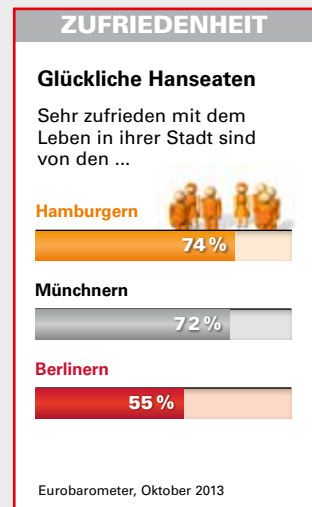
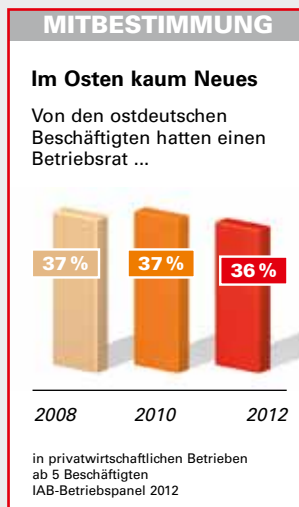
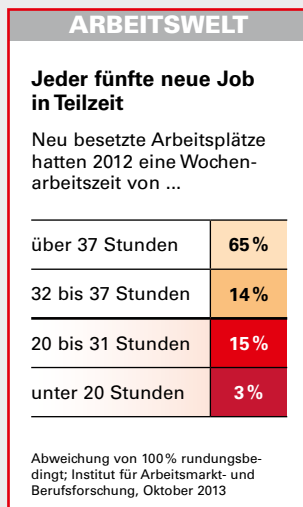
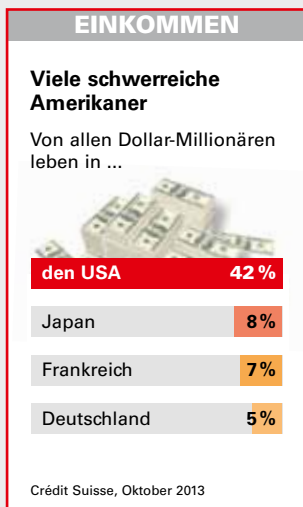
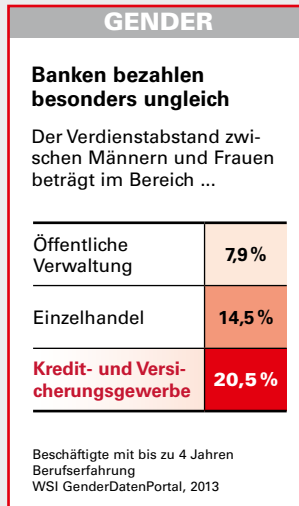
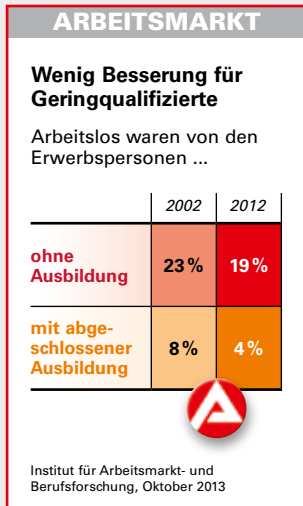
* Quelle: WSI-Mitteilungen 7/2013: Arbeitgeberverbände in Erosion? Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **STEUERN:** Ob Reiche mehr Steuern zahlen sollten, beschäftigt inzwischen auch den Internationalen Währungsfonds (IWF). Denn die Ungleichheit habe stark zugenommen, besonders in den angelsächsischen Ländern. In ihrem jüngsten „Fiscal Monitor“ stellt die Organisation fest, dass viele Industriationen Wohlhabende eher schonen – darunter auch

Deutschland. Grundlage für diese Aussage sind Berechnungen zur so genannten Elastizität des zu versteuernden Einkommens. Sie beantworten die Frage: Würden Reiche lieber weniger Geld verdienen oder ihre Einkünfte ins Ausland verschieben, wenn die Steuern steigen? Denn dann würden höhere Steuersätze keine höheren Einnahmen bringen. Die

Analyse zeige jedoch, „dass in den meisten Fällen die jetzigen Steuersätze das maximal zu erreichende Steueraufkommen nicht ausschöpfen“, so der IWF. Die Besteuerung von Vermögen war aus der Mode gekommen – doch möglicherweise ändert sich das gerade. Zumindest haben sowohl Irland als auch Spanien vor kurzem eine Vermögensteuer einge-

führt. Potenziell ließen sich mit dieser Steuer hohe Einnahmen erzielen, schreibt der IWF. Und die verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Steuerbehörden könnte dafür sorgen, dass Reiche sich nicht weiter unbehelligt im Ausland einer Besteuerung entziehen können. „Damit wären solche Steuern dann auch wirklich effektiv.“
 IWF, Oktober 2013